



Informationen

Nr 1, Februar 2007

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

es braucht nicht immer ein großes Budget, um Menschen (wieder) näher an den Arbeitsmarkt heran zu führen. Das zeigen die Ergebnisse der Lawaetz-Stiftung, die das Programm „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ des Europäischen Sozialfonds in Hamburg mit seinen zahlreichen kleinen Projekten in den Hamburger Stadtteilen evaluiert hat.

Auf europäischer Ebene tauscht die Lawaetz-Stiftung ihre Erfahrungen zum Thema soziale Ausgrenzung mit Städten der neuen EU-Mitgliedstaaten Osteuropas aus. Im Mittelpunkt des Projektes CASE stehen nicht nur die Erscheinungsformen in den unterschiedlichen Regionen, sondern vor allem auch Maßnahmen zur Bekämpfung sozialer Segregation.

International war auch der Informations- und Erfahrungsaustausch zur öffentlichen Beschäftigungsförderung im Projekt PUSH, das federführend von der Lawaetz-Stiftung durchgeführt und im Oktober 2006 zum Abschluss gebracht wurde.

Eine besondere Freude kam bei der Lawaetz-Stiftung im vergangenen Dezember auf: Im Rahmen des Hamburger Programms „Familie gewinnt!“ wurden gleich drei Projekte ausgezeichnet, an denen die Stiftung unmittelbar beteiligt war.

Auf den nächsten Seiten können Sie sich ausführlicher über unsere hier aufgeführten Aktivitäten und Ergebnisse im arbeitsmarktpolitischen und im stadtentwicklungspolitischen Bereich, auf lokaler und auf internationaler Ebene informieren.

Viel Spaß beim Lesen wünscht Ihnen
Ihr Lawaetz-Team

Themenübersicht dieser Ausgabe:

- ❑ Auch mit wenig Geld kann viel erreicht werden - 110 Kleinprojekte über das Programm „Lokales Kapital für Soziale Zwecke“ in Hamburg gefördert
- ❑ Erfahrungsaustausch zur Bekämpfung sozialer Ausgrenzung (Projekt CASE)
- ❑ Öffentlich geförderte Beschäftigung in Europa - viele Wege führen zum Erfolg: Abschluss des Projektes PUSH
- ❑ Auszeichnung für das Wohnprojekt „Greves Garten“

Auch mit wenig Geld kann viel erreicht werden - 110 Kleinprojekte über das Programm „Lokales Kapital für Soziale Zwecke“ in Hamburg gefördert

Zahlreiche Einrichtungen in Hamburg haben das Angebot des Programms "Lokales Kapital für Soziale Zwecke" genutzt. Mit einer Förderung von bis zu 10.000 Euro aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) konnten in den Stadtteilen arbeitende Träger Projekte zur Beschäftigungsförderung realisieren. Zielsetzung des "Lokalen Kapitals für Soziale Zwecke" in Hamburg war sowohl die Erreichung und Aktivierung besonders benachteiligter Personen auf dem Arbeitsmarkt als auch die Unterstützung von lokalen Organisationen und Initiativen, die sich für benachteiligte Menschen am Arbeitsmarkt einsetzen. Hamburg hat als eines der ersten Bundesländer mit der Durchführung der Programmlinie begonnen und dafür im Jahr 2002 eine eigene Förderrichtlinie erstellt. Seit 2002 wurden

110 Projekte in allen Hamburger Bezirken umgesetzt (siehe Abbildung 1).

Wie die anderen Bereiche des ESF in Hamburg wird auch die Programmlinie "Lokales Kapital für Soziale Zwecke" von der Behörde für Wirtschaft und Arbeit (BWA) verwaltet. Diese hat der Lawaetz-Stiftung den Auftrag gegeben, eine Untersuchung der Umsetzung und der Ergebnisse durchzuführen. Aufgrund des experimentellen Charakters des Programms war eine im Rahmen des ESF ansonsten übliche Evaluation durch die Auswertung der Teilnehmerdaten ausgeschlossen. Daher sollten durch die Evaluation zunächst eine Projekttypologie erstellt und die Inhalte systematisch aufbereitet werden. Darüber hinaus sollte die Evaluation eine qualitative Einschät-



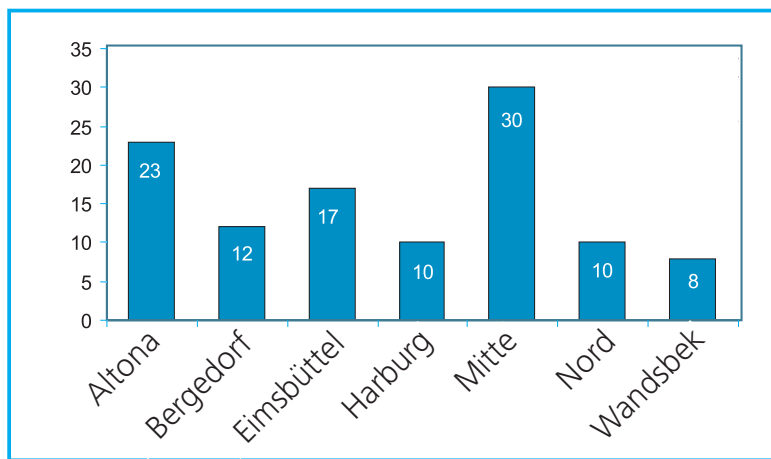


Abbildung 1 Bewilligte Projekte in den Bezirken

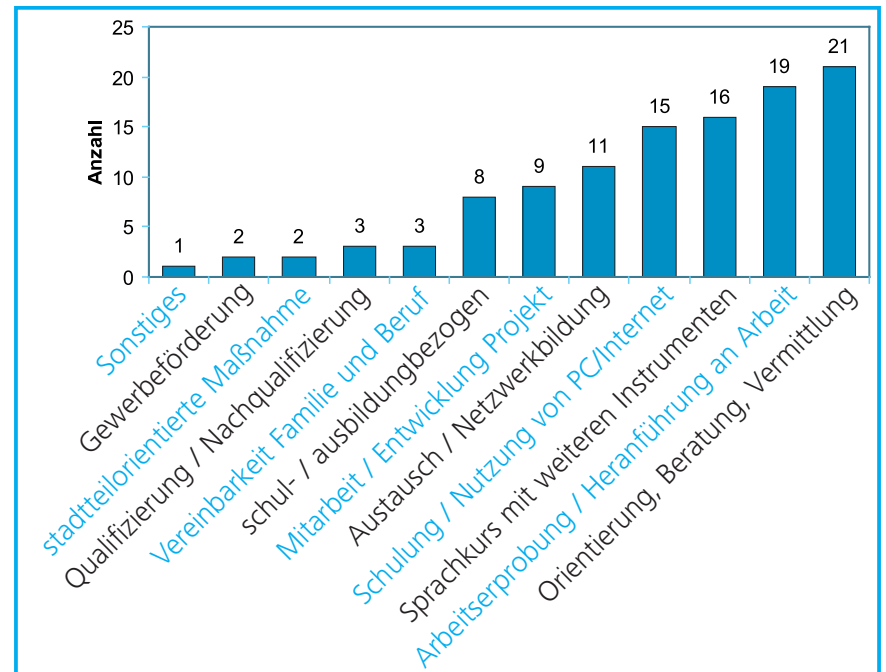


Abbildung 2 Bewilligte Projekttypen des Politikbereich F

zung zur Zielerreichung geben, mögliche Schnittstellen zur Stadtteilentwicklung aufzeigen und Empfehlungen hinsichtlich der Fortführung dieses Programmtyps geben.

Evaluationsergebnisse liegen vor

Nach der Analyse der vorhandenen Dokumente und nach der Auswertung der geführten Expert/innengespräche liegen nun die Ergebnisse der Evaluation vor. Die erstellte Projekttypologie (siehe Abbildung 2) enthüllt die Vielzahl unterschiedlicher Projekte. Einige Projekttypen sollen an dieser Stelle beispielhaft vorgestellt werden.

Bei dem Projekttyp **Arbeitserprobung und Heranführung** an Arbeit steht die praktische Arbeit in einem bestimmten Arbeitsfeld im Vordergrund. Im Rahmen des Projekts sollen die Teilnehmer/innen ein Arbeitsfeld kennen lernen, im Prozess der Arbeit beruflich qualifiziert werden, eine praxisnahe Berufsorientierung erhalten, aber auch „niedrigschwellig“ arbeiten können. So können z.B. im Projekt Flohmarktladen (BASIS e.V.) auf der Straße lebende Jugendliche stundenweise arbeiten und dabei Geld verdienen. Zu diesem Projekttyp zählen ebenfalls Arbeitsangebote für Menschen mit Behinderungen, die (noch) nicht an regulären Rehabilitations-Maßnahmen teilnehmen können, z.B. das Projekt Seifenproduktion als Arbeitsangebot (Leben mit Behinderung Hamburg Sozialeinrichtungen gGmbH).

Der Kern des Projekttyps **Mitarbeit an einem/Entwicklung eines (künstlerischen) Projekts** liegt in der beruflichen Perspektiventwicklung durch das Entwickeln und Erarbeiten eines Produkts. Am Ende des Projekts steht entweder eine Theater- oder Tanzaufführung, ein Musikevent oder eine Publikation. Zielgruppe dieses Typs sind häufig Jugendliche, die durch die Teilnahme an einem für sie interessanten Projekt für die berufliche Orientierung motiviert, in ihrem Selbstwert gestärkt und in Basisqualifikationen gefördert werden. Ein Projekt dieses Typs richtet sich an zwei Zielgruppen gleichzeitig: arbeitslose bzw. von Arbeitslosigkeit bedrohte Schauspieler/innen und Jugendliche ohne berufliche Perspektive (Playstation Altona, Cockpit e.V.). In der

gemeinsamen Erarbeitung eines Theaterstücks erfolgt neben dem gemeinsamen Lernen und Arbeiten eine berufliche Orientierung und Entscheidungshilfe für beide Gruppen. Als weiteres Beispiel sei der Event-Assistent (Jugendförderverein Billstedt e.V.) genannt, in dem Jugendliche in der Musikbranche mit dem Ziel qualifiziert werden, kleine Veranstaltungen selbst durchführen zu können.

Ein weiterer Projekttyp ist **Informationen/ Austausch/Unterstützung Netzwerkbildung**. In den Projekten dieses Typs werden vorrangig Kenntnisse und Kontakte für die Kooperation sowie die Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuche vermittelt. Die Bandbreite an

Projekten innerhalb dieses Typs ist recht groß; es sind darin Projekte der bezirklichen Beratung und Entwicklung von Politikbereich F-Projekten (Bezirksämter Mitte, Altona, Bergedorf), Ausbildungsbörsen und -atlanten ebenso enthalten wie Projekte mit einem expliziten Netzwerkansatz. Zu den Projekten mit dem Ziel der Netzwerkbildung ist die vom Frauenmusikzentrum e.V. durchgeführte Maßnahme Verstärker zu zählen, in dem ein Netzwerk von Musikerinnen und von in der Musikbranche tätigen Frauen aufgebaut wurde. Ein weiteres originär netzwerkorientiertes Projekt ist Aufbau für Migrantinnen (CONVENT GmbH), in dem sich Einrichtungen eines Stadtteils zusammengetan haben, um in einem gemeinsamen Projekt die soziale Integration und die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit für Migrantinnen zu fördern.

Vor Ort handelnde Akteure konnten die Zielgruppe erreichen

Eine weitere Besonderheit des „Lokalen Kapitals für soziale Zwecke“ liegt in der Erreichung von Einrichtungen, die im Stadtteil tätig sind. Die Auswertung hat gezeigt, dass von den 79 Trägern, die mit dieser Förderlinie Projekte umgesetzt haben, nur sechs auch Fördermittel aus den anderen Politikbereichen des ESF erhalten. Die Projekte wurden von Kirchengemeinden, Stadtteileinrichtungen, Bürgervereinen, Arbeitsloseninitiativen, Frauen- und Migrantenberatungsstellen sowie Schulen durchgeführt. Durch die lokale Ansiedlung der Einrich-

Lokales Kapital für soziale Zwecke (ESF-Politikbereich F)

Im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF) war es in der vergangenen Förderperiode 2000 - 2006 erstmals möglich, Kleinprojekte mit einem Maximalbetrag von bis zu 10.000 Euro zu unterstützen. Bisher im Rahmen des ESF nicht in Erscheinung getretene kleinere Träger sollten durch das Programm „Lokales Kapital für Soziale Zwecke“ (auch als Politikbereich F bezeichnet) die Möglichkeit erhalten, in ihrem Stadtteil beschäftigungswirksame Projekte umzusetzen. Eine Besonderheit des Programms ist die 100%-Förderung, d.h. für die Beantragung von Fördermitteln war eine ergänzende Kofinanzierung nicht erforderlich.

tungen und ihre teils langjährige Arbeit im Stadtteil haben sich Kontakte zu den Bewohner/innen aufgebaut, die jetzt für eine berufliche Förderung dieser Gruppe genutzt werden konnten. Viele Personen werden über reguläre Programme der Arbeitsförderung nicht erreicht und darüber hinaus scheinen viele Angebote für diese Zielgruppe oft zu hochschwellig. In Regelangeboten der Arbeitsförderungen werden zumeist Voraussetzungen, z.B. im Hinblick auf die Sprachkompetenz, erwartet, die diese (noch) nicht mitbringen. Die Nutzung der Angebote durch die Teilnehmer/innen macht aber auch deutlich, dass es für niedrigschwellige, im Stadtteil angesiedelte Projekte zur Beschäftigungsförderung einen großen Bedarf gibt. Über die Kleinprojekte kann somit eine (Wieder-) Annäherung an die Erwerbsintegration erfolgen.

Verbindung von ehrenamtlichem Engagement und Projektförderung

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die lokal angesiedelten Kleinprojekte eine sinnvolle Ergänzung zum regulären ESF sind. Darüber hinaus werden vor Ort tätige Einrichtungen in ihrem Bemühen um die Bewohnerschaft des Stadtteils gestärkt. Davon profitieren sowohl die Teilnehmer/innen der Projekte als auch der Stadtteil selbst. Denn der häufig kritisierte geringere Professionalisierungsgrad der kleinen Träger hat auch Vorteile. Mit vergleichsweise geringen Mitteln und ehrenamtlichem Engagement, der Umsetzung

über Honorarkräfte etc. konnten viele innovative Aktivitäten gestartet werden. Diese Arbeitsweise funktioniert jedoch nur im kleinräumigen Kontext, in dem Stadtteilinitiativen, Bürgervereine oder Kirchengemeinden ihre bestehenden sozialen Netzwerke für ein gemeinsames Projekt zusammenbringen. Trotz des Engagements der kleinen Träger, die oftmals ihr „Herzblut“ in ein Projekt gesteckt haben, darf nicht vergessen werden, dass sie mit der Antragstellung und Projektverwaltung nicht allein gelassen werden dürfen. Ebenso wie die Träger des regulären ESF brauchen auch die Kleinen Unterstützung bei Antragstellung und Abrechnung. Dieser zunächst einmal hohe Beratungsaufwand für die vergleichsweise geringe Fördersumme von höchstens 10.000 Euro ist aber gleichsam eine Investition in die Unterstützungsstrukturen der Stadtteile - ganz im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe.

Weitere Informationen von
Simone Müller, Tel. 040 / 39 99 26 57
mueller@lawaetz.de



Erfahrungsaustausch zur Bekämpfung sozialer Ausgrenzung □



Die Bekämpfung sozialer und räumlicher Spaltung in mittel- und osteuropäischen Städten ist seit der Osterweiterung stärker in das Blickfeld der Europäischen Union gerückt.

Daher unterstützt die EU mit dem Programm „Interreg III C“ unter anderem Projekte zum Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten

mit zum Teil weitreichenden Erfahrungen im Bereich der städtischen Segregation und den neuen Beitrittsländern.

„CASE - Cities Against Social Exclusion“ ist eines der Projekte, das für die Zeit von Juli 2005 bis Dezember 2007 durch dieses Programm gefördert wird. Die Freie und Hansestadt Hamburg ist daran beteiligt, wobei die Lawaetz-Stiftung die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt als externe Expertin berät. Zu den Partnern zählen die Städte Olomouc in Tschechien, Krakow in Polen, Komarno in der Slowakei, Arad in Rumänien sowie die Universitäten in Pécs und Krakow. Von deutscher Seite ist zudem die Stadt Gelsenkirchen beteiligt.

Während Ansätze der deutschen Stadtentwicklungspolitik vor allem im Kontext des Bund-Länder-Programmes „Soziale Stadt“ den Partnern bereits im Sommer letzten Jahres vorgestellt wurden, stand

zum Ende des Jahres 2006 die spezifische Situation mittel- und osteuropäischer Städte im Mittelpunkt zweier Workshops in Komarno und Krakau.

In den post-sozialistischen Staaten hat die soziale Ausgrenzung - ähnlich wie in Deutschland - häufig auch eine ethnische Komponente. Dies betrifft in den neuen EU-Mitgliedsländern hauptsächlich die Gruppe der Sinti und Roma. So standen in Komarno die Wohnverhältnisse und Lebenssituation in benachteiligten Quartieren im Mittelpunkt, die vornehmlich von Sinti und Roma bewohnt werden. Integrationsansätze, die sich speziell an diese Gruppe richten, werden jedoch gerade unter den mittel- und osteuropäischen Partnern kontrovers diskutiert. So vergleichen einige Partner die soziale Ausgrenzung von Sinti und Roma mit der Situation der Zuwanderer in den westeuropäischen Gesellschaften, während andere die Besonderheiten dieser ethnischen Gruppe betonen. Das Thema wird an Aktualität gewiss nicht verlieren, stellen doch Sinti und Roma nach der Osterweiterung die größte ethnische Minderheit innerhalb der EU dar.

In Krakau zeigte sich eine andere Facette der Probleme in den Transformationsgesellschaften. Nowa-Huta, ein am Rande der Stadt Krakau gelegener Bezirk mit rund 270.000 Einwohnern, ist stark geprägt von Bauwerken der sozialistischen Nachkriegsarchitektur. Ähnlich wie in Deutschland im Falle von Eisenhüttenstadt wurde

Öffentlich geförderte Beschäftigung in Europa - viele Wege führen zum Erfolg: Abschluss des Projektes PUSH ▣



Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe im Rahmen von „Hartz IV“ und die damit verbundene Einführung sozialrechtlicher Arbeitsgelegenheiten stellte in Deutschland eine Herausforderung für die kommunale Beschäftigungsförderung dar. Das dabei zu beobachtende Ziel,

durch eine Kürzung sozialer Leistungen die Betroffenen stärker zu aktivieren, lässt sich ebenso in zahlreichen anderen europäischen Ländern feststellen.

In dem transnationalen Projekt „PUSH“, das die Lawaetz-Stiftung zwischen September 2005 und Oktober 2006 in Kooperation mit nationalen und internationalen Partnern durchführte, wurden Europäische Lösungsansätze zur öffentlich geförderten Beschäftigung vorgestellt und erörtert. Wesentliches konzeptionelles Element waren Workshops und Konferenzen. Nach den sieben regionalen bzw. nationalen Workshops wurde während der Abschlusskonferenz in Brüssel ein Fazit des gesamten Projektes gezogen.

Einen ersten Schwerpunkt der Tagung bildete der Überblick von Frau Prof. Nyssens (Katholische Universität Louvain, Belgien), die verschiedene Aussagen über kommunale Beschäftigungsförderung als arbeitsmarktpolitisches Instrument innerhalb der Europäischen Union traf:

- Neben öffentlichen Institutionen tragen auch private Einnahmen (Markterlöse) über 50% zur Finanzierung des Instruments bei.
- Es dominiert die vorübergehende, d.h. zeitlich befristete Förderung der Beschäftigung.
- Die Marktnähe der Beschäftigungsmaßnahmen, hilfreich für die Integration der Zielgruppe in den Arbeitsmarkt, erfordert auch eine öffentliche Akzeptanz des Instruments, da sie u.a. die Gefahr der Verdrängung ungeförderter Beschäftigung mit sich bringt.
- Stärke der marktnahen Integrationsbetriebe ist das Empowerment der Zielgruppen.
- Kritisch gesehen wird in den Integrationsbetrieben jedoch vielfach der zunehmende Professionalisierungsdruck: Neben einer öffentlichen Finanzierung müssen sie zunehmend selbst erwirtschaftete Erlöse in ihre Integrationsarbeit einbringen und damit den Eigenfinanzierungsanteil erhöhen.

Frau Smith, Vertreterin der deutschen und der europäischen Integrationsbetriebe, betonte, dass die Integration in Arbeit immer auch eine soziale Integration ist. Eine Kompetenzentwicklung im Arbeitsprozess sei in der Regel nachhaltiger und wirksamer als externe Kurse. Die teilweise schwerwiegenden Konsequenzen der Langzeitarbeitslosigkeit machten den Ausbau eines speziellen, zusätzlichen Beschäftigungssegmentes für schwer vermittelbare Menschen erforderlich. Die Förderung der Beschäftigungsfähigkeit (Employability) der Zielgruppe verlange auch sinnvolle Beschäftigungsverhältnisse.

Erster thematischer Schwerpunkt der Abschlussdiskussion war die Bedeutung des Dritten Sektors zwischen dem rein privatwirtschaftlich organisierten Markt und dem staatlichen Dienstleistungsangebot. In

zahlreichen Kommunen ist der Dritte Sektor wichtig für die Aufrechterhaltung der sozialen Infrastruktur. Es war breiter Konsens, dass die arbeitsmarktpolitische Integration der Zielgruppen das entscheidende Ziel ist, ungeachtet der Abgrenzung und Finanzierung des Dritten Sektors. Das Ziel der Integration sollte insgesamt mit angemessenen Strategien des Empowerments und der gesellschaftlichen Integration begleitet werden.

Daneben gibt es in zahlreichen europäischen Ländern jedoch auch Schwervermittelbare, für die ein „Ersatzarbeitsmarkt“ notwendig ist, denn selbst mittelfristig sind diese Personen nicht in ungeforderte Beschäftigungsverhältnisse zu integrieren.

Soft-skills sind eine wesentliche Voraussetzung für die Integration. Daneben kommt jedoch weiterhin den beruflichen Kompetenzen eine erhebliche Bedeutung zu. Es liegen Hinweise vor, dass ein modulares Qualifizierungssystem einem flexiblen und hochdynamischen Arbeitsmarkt eher gerecht wird. In diesem Fall ist jedoch ein transparentes Zertifizierungssystem, das auch Aufstiegschancen sichert, wichtig.

Anstelle von Sanktionen sollte auf Kooperationen und freiwillige Vereinbarungen mit Arbeitslosen gesetzt werden. Freiwillige Lösungen auf persönlicher Ebene haben sich als erfolgreicher erwiesen. Zielvereinbarungen sollten nicht nur eine Integration in Arbeit vorsehen. Vielmehr ist die soziale Stabilisierung für zahlreiche Langzeitarbeitslose bereits ein Erfolg.

Insgesamt wurde während der Veranstaltung erneut deutlich, dass die unterschiedliche Marktnähe der Zielgruppe angepasste und damit vielfältige Instrumente, Aktivitäten und Akteursgruppen fordert und erfordert.

Die website des Projektes (www.eu-project-push.de) mit Dokumentationen der einzelnen Veranstaltungen bleibt in den nächsten Monaten online.

Ansprechpartner:

Dr. Thomas Mirbach
Tel.: 040 / 39 99 36-51
mirbach@lawaetz.de



Dr. Ulrich Schenck
Tel.: 040 / 39 99 36-56
schenck@lawaetz.de



Katrin Triebel
Tel.: 040 / 39 99 36-55
triebl@lawaetz.de



Auszeichnung für das Wohnprojekt „Greves Garten“ □

Das von der Lawaetz-Stiftung betreute Wohnprojekt „Greves Garten“ ist im Dezember 2006 mit dem Preis „Familie gewinnt!“ der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt ausgezeichnet worden. Bei der Preisverleihung wurden das private Engagement sowie die ganzheitliche, generations- und nachbarschaftsübergreifende Kooperation aller Projektbeteiligten hervorgehoben.

„Greves Garten“ umfasst 21 Wohneinheiten in Alt- und Neubauten mit geeigneten Grundrissen und Größen für Familien mit Kindern und Gemeinschaftseinrichtungen. Das Wohnprojekt liegt innenstadtnah im Grünen, ist verkehrsberuhigt, ökologisch und sozial gut durchmisch.

Die Lawaetz-Stiftung kann auf einen reibungslosen und erfolgreichen Ablauf von der Projektentwicklung in 2004 über die Abgabe des Höchstgebotes bis hin zur kompletten Bauabwicklung Ende 2006 zurückblicken. Eine besondere Herausforderung stellte jedoch die Instandsetzung und Modernisierung der in das Projekt integrierten Gründerzeitbauten dar: Die Bestandshäuser wurden vom Energieverbrauch auf den Stand eines Niedrigenergiehauses gebracht. Eine hochwertige Dämmung und Lüftungsanlage gewährleisteten langfristig günstige Heizkosten. Zudem wurden unter Berücksichtigung der Gestaltungssatzung in Abstimmung mit der Stadtplanungsabteilung die Fassaden instandgesetzt. Damit konnte ein in Bergedorf einmaliges Ensemble erhalten werden.

Zur städtebaulichen Ergänzung wurden zwei neue Mehrfamilienhäuser erbaut, die sich durch eine klare Linienführung zu den Altbauten abgrenzen. Die gesamte Wohnanlage wird durch ein Nahversorgungsnetz über eine Zentrale mit Warmwasser und Heizung versorgt. Die Energieversorgung erfolgt durch alternative Energien wie Solartechnik.

Zum Ende des Jahres 2006 wurden wie geplant alle 21 Wohnungen mit einer Gesamtwohnfläche von 1950 qm an die Nutzer und Eigentümer übergeben. Dabei vermietet die Genossenschaft Greves Garten als Eigentümerin neun Wohneinheiten an Personen mit Wohnungsberechtigungschein (alter § 5 Schein), während zwölf Wohneinheiten als Eigentumswohnungen verkauft wurden.

Das Preisgeld für die familiengerechte Wohnanlage in Höhe von 10.000 Euro wird die Genossenschaft Greves Garten für eine Streuobstwiese und weitere Ausstattungsdetails im Gemeinschaftsgarten verwenden.

Ansprechpartner:
Paul Grzelewski
Tel. 040/39 99 26 0
grzelewski@lawaetz.de



Und noch mehr Preise für Projekte der Lawaetz-Stiftung

Zum Abschluss des Wettbewerbs "Familie gewinnt!" zeichnete die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt am 18.12.2006 im Hamburger Rathaus acht vorbildliche Projekte aus, die die Lebensqualität von Familien in Quartieren verbessern. Die Lawaetz-Stiftung war an drei Projekten unmittelbar beteiligt. Neben der Auszeichnung für "Greves Garten" (s.o.) erhielt das Stadtteilbüro Schnelsen-Süd der Lawaetz-Stiftung für die Schaffung eines familienfreundlichen Nahversorgungszentrums einen Preis in Höhe von 10.000 Euro. Dem Wohnprojekt Epiphanyen in Winterhude wurde der Sonderpreis der Hamburgischen Wohnungsbaukreditanstalt für das beste Projekt zum familienfreundlichen Wohnen in Höhe von 5.000 Euro verliehen. Die Lawaetz-Stiftung hatte hier zusammen mit der Kirchengemeinde das Projektkonzept entwickelt und war für die Baubetreuung verantwortlich.

Weitere Informationen:
Karin Schmalriede
Tel. 040/39 99 36 - 0
schmalriede@lawaetz.de



Impressum

Johann Daniel Lawaetz-Stiftung; Neumühlen 16 - 20 ■ 22763 Hamburg;

Tel.: 040 / 39 99 36-0 ■ Fax: 040/ 39 99 36-90

E-Mail: schmalriede@lawaetz.de ■ Internet: www.lawaetz.de

V. i. S. d. P.: Karin Schmalriede

hier eine Stadtentwicklungsplanung betrieben, die primär auf die Belange der industriellen Produktion eines Stahlwerks zugeschnitten war. Die mit dem Ende der sozialistischen Ära eingeleitete Privatisierung vormaliger Staatsbetriebe führte auch hier zu einem drastischen Verlust an Arbeitsplätzen. Hatte das Stahlkombinat in den 70er Jahren noch rund 30.000 Beschäftigte, so sind es heute nur noch 4.000. Vor diesem Hintergrund kämpfen die benachteiligten Quartiere in Nowa-Huta nicht nur mit den ökonomischen Problemen sozialer Ausgrenzung und mangelnder infrastruktureller Versorgung. Im deutlichen Kontrast zum touristisch attraktiven Zentrum Krakaus ist Nowa Huta um die Entwicklung und Behauptung einer eigenen Identität bemüht. Die polnischen Partner hoben daher im Zusammenhang mit den Lebensbedingungen in den ausgewählten Quartieren den nachbarschaftlichen Zusammenhalt, selbstorganisierte Aktivitäten und Vertrauen in Akteure und Institutionen besonders hervor.

Bis zur Abschlusskonferenz des Projektes CASE im Dezember 2007 werden noch zwei weitere Workshops stattfinden, bei denen die sozialräumliche Entwicklung in den Städten Olomouc und Arad vorgestellt und damit der Erfahrungsaustausch unter den Partnern fortgesetzt wird.

Weitere Informationen sind erhältlich über die Internetseite www.interreg-case.net sowie:

Dr. Thomas Mirbach
Tel.: 040 / 39 99 36-51
mirbach@lawaetz.de



Anke Selle
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Tel. 040 / 42840 -84 23
anke.selle@bsu.hamburg.de

